

Parlamentswahl in der Ukraine: Machtkampf unter den Eliten und Stärkung der Extremen.

Kiew, 01.11.2012

Bericht aus aktuellem Anlass
N° 36/2012

Miriam Kosmehl, Dr. Volodymyr Oliinyk

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

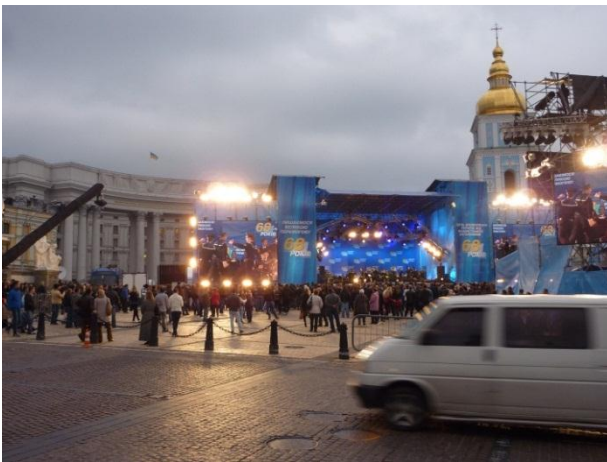
In der Ukraine wurde gewählt. Erste Ergebnisse der Auszählungen liegen vor. Über die Mehrheitsbildung im siebten ukrainischen Parlament wird allerdings erst im Dezember Klarheit herrschen, berichten unsere Experten aus Kiew. Internationale Beobachter erinnern derweil an die Bedeutung des Wortes „Volksvertreter“.



36.256.483 Millionen registrierte Wahlberechtigte waren am 28. Oktober aufgerufen, in 33.646 Wahllokalen 450 Mandatsträger in das ukrainische Parlament, die *Verkhovna Rada*, zu wählen. Die EU hat sich klar festgelegt und den Fortgang von Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Beurteilung des Wahlverlaufs verknüpft.

Infolgedessen kommt den Aussagen der Wahlbeobachter eine besondere Bedeutung zu. Die gemeinsame Erklärung der Beobachtermision der parlamentarischen Versammlungen von OSZE, Europäischem Parlament, Europarat und NATO am ersten Tag nach der Wahl konnte kaum deutlicher sein: „Enttäuscht“ sei man, „traurige Nachrichten“ müsse man verkünden, von der „exzessiven Rolle des Geldes“ war die Rede und davon, dass „der demokratische Prozess sich umgekehrt zu haben scheine“. Der NATO-Vertreter begann seine Worte mit der „Klarstellung“, Parlamentarier würden gewählt, um den Interessen des Volkes zu dienen – nicht, um Gebieter zu sein, die anderen sagten, wo es lang ginge. Auch der PACE-Repräsentant kritisierte, dass die Einzelinteressen einzelner Mächtiger die der Bürger marginalisierten, und bemängelte eine Verzerrung des Volkswillens.

Nach der Revolution in Orange wählten die Ukrainer bislang zweimal ihr Parlament, 2006 und 2007. Beide Wahlen wurden als frei und fair anerkannt. Nach der Präsidentschaftswahl 2010 betrieb die Präsidentenpartei eine rechtswidrige Fraktionsbildung zur Schaffung neuer, für sie günstiger Mehrheitsverhältnisse. Im Herbst 2011 verabschiedete das Parlament ein neues Wahlgesetz. Demnach wird jetzt eine Hälfte der Abgeordneten nach einfachem Mehrheitswahlrecht bestimmt, die andere Hälfte nach dem Proportionalwahlverfahren, gemäß von 22 Parteien aufgestellten geschlossenen Listen. Vor allem die Mehrheitswahl von Direktkandidaten sorgte nach überwiegender Meinung für zahlreiche Probleme (so ein Vertreter des ukrainischen zivilen Netzwerks OPORA) und spielte der Partei der Regionen in die Hände, die, wie bisherige *Exit Polls* und vorläufige Ergebnisse zeigen, nach dem alten Verhältniswahlrecht abgewählt worden wäre.



In Kiew feiert die Partei der Regionen auf dem historischen Michaelsplatz neben dem Außenministerium (links im Bild). Noch vor zwei Jahren hing dort eine mehrere Meter große EU-Flagge neben der ukrainischen Fahne. (Foto: FNF Kiew).

Fünf Parteien in der siebten *Werkhowna Rada* – inklusive der nationalen Partei *Swoboda*

Fünf Parteien schafften es über die nach dem neuen Wahlgesetz geschaffene Fünfprozenthürde:¹

Die **Partei der Regionen (PdR)** des Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch erhielt über die landesweite Liste (nach gegenwärtigen Stand) 30,05% aller Stimmen.

Die Partei **Vaterland (*Batkiwshchyna*)** der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko, unter deren Dach sich auch die Partei **Front des Wandels** des ehemaligen Parlamentspräsidenten und Außenministers Arsenij Jazenjuk und sechs andere kleine Parteien begeben haben, um die Fünfprozenthürde und das Verbot der Blockbildung zu überwinden, darunter die kleine liberale Partei **Reformen und Ordnung**, erzielte 25,50%. Dieser Zusammenschluss, der Vertreter mehrerer Parteien auf der Liste der Vaterlandspartei versammelt, bezeichnet sich auch als **Vereinigte Opposition**.

Die **Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen** (abgekürzt **UDAR**, Ukrainisch für „Schlag“) des Boxchampions Witalij Klitschko wäre demnach dritte Kraft mit 13,94%.

Gleichauf wäre die **Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)** unter der Führung von Petro Symonenko, die mit einfachen und attraktiven Lösungen – die nur leider nicht zu realisieren sein dürften – eine auf die verschiedenen Regionen der Ukraine zugeschnittene, vergleichsweise gute Wahlkampagne gemacht hat und dafür 13,19% erhielt.

Die im Westen der Ukraine ihre Hochburg habende, nationalistische sog. **Allukrainische Union *Swoboda*** (ukrainisch für „Freiheit“) von

¹ Angaben der ZWK basierend auf 99,48% der ausgezählten Stimmen am 1.11.12 um 13:26 Uhr.

Oleh Tjahnybok käme auf 10,43%. **Swoboda** ist Mitglied der Europäischen Allianz nationaler Bewegungen, die rechtsextreme Parteien wie die *Britisch National Party*, die bulgarische *Ataka*, die italienische *Fiamma Tricolore* und die schwedische Nationaldemokratische Partei vereinigt. Auf einem Marsch am 14. Oktober zum 70. Geburtstag der Ukrainischen Aufstandarmee UPA verbrannten die Teilnehmer Flaggen der KPU und der PdR. Noch vor den Wahlen vereinbarten Vaterlandspartei und **Swoboda** eine Koalition. In der Vergangenheit hat Tjahnybok geäußert, die Ukraine werde von einer Moskauer-Jüdischen Mafia regiert und gehöre endlich den Ukrainern zurückgegeben.

Die größten Überraschungen dieser Wahl sind, dass **Swoboda** ein so gutes Ergebnis erzielte – und dass der Vereinigten Opposition wenigstens ein Achtungserfolg gelang. Noch kurz vor den Wahlen sah es so aus, als habe **UDAR** mit Klitschko, der sich deutlich gegen eine Kooperation mit anderen Parteien vor den Wahlen aussprach und auf die Möglichkeit der Koalitionsbildung im Parlament verwies, die Vaterlandspartei überholt. Nun wird spekuliert, dass ihm eben dieses Verhalten zum Verhängnis geworden sei, weil er damit Stimmen an **Swoboda** verloren habe.

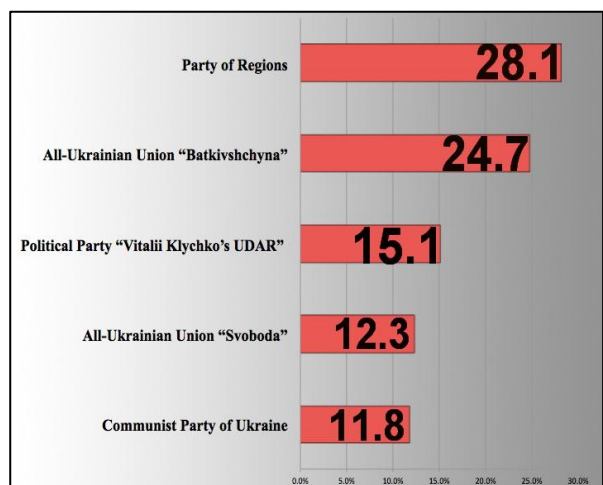
Sowohl Natalija Korolewskas Partei „Ukraine – Vorwärts!“ als auch die Partei „Unsere Ukraine“ des früheren Staatspräsidenten Juschtschenko sind mit 1,58 bzw. 1,11% weit abgeschlagen. Dabei flossen in den Wahlkampf Natalija Korolewskas über einen langen Zeitraum erhebliche finanzielle Mittel. Beide Parteien sahen sich im Wahlkampf dem Vorwurf ausgesetzt, zweifelhafte soziologische Umfragen mit zu hohen eigenen Werten zu verbreiten. Natalija Korolewska verklagte sogar die angesehene Stiftung für Demokratische Initiativen, weil sie für „Ukraine – Vorwärts!“ ein Wahlergebnis von ‚nur‘ 2,1% prognostizierte.

Die Wahlbeteiligung lag nach Angabe der Zentralen Wahlkommission bei 57,99%. In der Vergangenheit waren es um die 70%. Noch am 4.

Oktober waren 24% der Wahlberechtigten unentschlossen.

Grundsätzlich haben sich die Wahlergebnisse mit fortschreitender Auszählung den *Exit Polls* vom Wahlabend angenähert.

Stand am Wahlabend 20 Uhr nach Erhebung des „Nationalen Exit Polls Konsortiums 2012“, eines Zusammenschlusses der Stiftung Demokratische Initiativen, des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie und des Oleksandr-Rasumkow-Zentrums für wirtschaftliche und politische Studien – unter Beteiligung internationaler Beobachter vom Lewada-Zentrum in Russland und der Universitäten Warschau und Essex, finanziell unterstützt von europäischer (EU, Niederländische Botschaft) und US-amerikanischer (George Soros/International Renaissance Foundation, National Endowment for Democracy, USAID) Seite.



Quelle: Stiftung für Demokratische Initiativen (<http://dif.org.ua>).

Wahlergebnisse in den dreizehn Mehrheitswahlkreisen Kiews

Während die Endergebnisse über alle landesweiten Mehrheitswahlkreise noch nicht vorliegen, ist die Situation in der Hauptstadt eindeutig. Von den dreizehn Mandatsträgern wird

keiner von der PdR oder der KPU sein, sondern 10 von der Vaterlandspartei, 2 von *Swoboda* und 1 von *UDAR*.² Proportional erhielt die Partei der Regionen in der Hauptstadt rund 10% der Stimmen, was einen drastischen Abfall zu den früheren 18% darstellt.

Bewertungen der Wahlbeobachter

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission waren 3797 offizielle ausländische und internationale Wahlbeobachter zugegen. Das ist nicht so viel, wenn man bedenkt, dass 2004 rund 13.000 Beobachter in der Ukraine waren. Stalins berühmte Worte „Es ist nicht von Bedeutung wie gewählt wird, sondern wie gezählt wird“ waren in den vergangenen Tagen häufig zu hören. Es gibt vor allem erhebliche Bedenken gegenüber der Stimmenauszählung und -auswertung. In vielerlei Hinsicht werden Erinnerungen an die Manipulationen der Präsidentschaftswahl 2004 wach.



Pressekonferenz von OSZE ODIHR und den Parlamentarischen Versammlungen von OSZE, Europarat und NATO sowie des Europaparlaments am Tag nach der Wahl. (Foto: FNF Kiew)

Von den ausländischen zivilgesellschaftlichen Beobachtern erklärte der Repräsentant des *Ukrainian World Congress* am zweiten Tag der Wahl, man habe seine Beobachter zurück in die

Regionen geschickt, um die Auszählungen zu überwachen, und rufe auch andere auf, dies zu tun.

Die Internationale Wahlbeobachtermission hat den Verlauf der Wahl als Rückschritt für die Demokratie bezeichnet. Die Bedingungen im Wahlkampf seien unfair gewesen. So seien staatliche Mittel für Wahlkampfszwecke missbraucht worden, die Parteienfinanzierung sei intransparent und die Berichterstattung der Medien über die verschiedenen Parteien unausgewogen gewesen. Die Beobachter kritisierten, dass Oppositionsführerin Julija Timoschenko wegen einer Haftstrafe nicht kandidieren durfte. Dies habe die Auswahl eingeschränkt, betonte Missionssprecherin Walburga Habsburg Douglas.

Im Vorfeld kritisierten die Beobachter vor allem die Besetzungen der 225 Bezirkswahlkommissionen. So wurde die Vertretungsquote für jene Parteien, die gegenwärtig nicht im Parlament sitzen, für die 225 Bezirkskommissionen pauschal ausgelost – mit der Folge, dass unbedeutende Parteien Plätze in allen 225 Bezirkswahlkommissionen erhielten, also z.B. solche, die nur einen einzigen Mehrheitskandidaten aufgestellt hatten, *UDAR* und *Swoboda* dagegen nicht in einiger einzigen Kommission präsent waren. Dieses System wiederholte sich bei den Lokalen Wahlkommissionen.

Oleksandr Danyluk von der ukrainischen NRO Gemeinsame Sache, die mit 5000 Freiwilligen die Wahlen beobachtet, sagte auf einer Informationsveranstaltung von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, 70% der Beobachter seien von den Wahlkommissionen die Registrierung verweigert worden. Das ist besonders bitter, nachdem das neue Wahlgesetz zumindest dafür gelobt wurde, dass es nationale Beobachter zuließe.

² Angaben basieren auf 92,35% der erfassten Stimmzettel.



Vertreter zivilgesellschaftlicher Beobachtermissionen fassen zwei Tage nach der Wahl ihre Beobachtungen in der Deutschen Botschaft Kiew zusammen. (Foto: FNF)

Die zentralen Fragen Mehrheitsbildung und Verhalten der Opposition

Mit der Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses hat die Zentrale Wahlkommission (ZWK) bis zum 12. November Zeit. Das neue Parlament muss sich bis Mitte Dezember konstituieren. Zentral wird sein, wie die politische Mehrheitsbildung ablaufen wird, ob und in welchem Umfang Gerichte mitentscheiden, in welcher Form und in welchem Umfang es wieder zum Kauf von Überläufern und zu politischen Seitenwechseln kommt. Diese Entideologisierung von Politik liegt vor allem in der gemeinsamen Herkunft vieler Politiker aus der Kutschma-Zeit begründet, die gleichzeitig an Schaltstellen der Wirtschaft sitzen und politische Akteure sind. Nach den Präsidentschaftswahlen 2010, als zahlreiche Überläufer die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ohne Neuwahl zugunsten des Präsidenten und seiner PdR veränderten und so seine Macht stärkten, explodierte es geradezu.

Gelingt es der PdR, ausreichend sog. unabhängige in Mehrheitswahlkreisen gewählte Abgeordnete gleichzuschalten und sich so eine wirkungsvolle Einparteienvorherrschaft zu verschaffen, würde ihr das auch die Wahl des Parlamentspräsidenten aus den eigenen Reihen erleichtern.

Noch kurz vor der Wahl entbrannte eine Diskussion über eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung. Das Amt wurde in der Vergangenheit genutzt, um die Arbeit des Parlaments zu beeinflussen und Entscheidungen zu manipulieren. So kann der Sprecher die Geschäftsordnung missachten oder bei Verstößen einzelner Parlamentarier ein Auge zudrücken. Gegenwärtig ist die Wahl geheim. Dies führte wiederholt zur sog. „Speakeriade“, d.h. zu einem langen, nicht öffentlich ausgetragenen Kampf um das Amt. Jetzt liegt dem Parlament ein von der PdR eingebrachter Gesetzentwurf vor, nach dem die Wahl des Parlamentspräsidenten im offenen Verfahren per Knopfdruck stattfinden soll: Zunächst klingt das nach einer Verbesserung.

Wenn es der PdR aber nicht gelingt, ausreichend sog. unabhängige Kandidaten auf ihre Seite zu ziehen, um eine einfache Mehrheit zu bekommen, bzw. wenn jene Kandidaten auch oder gar in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen, könnte die PdR Gesetze weniger leicht durchwinken – und sich das neue Parlament vom alten wesentlich unterscheiden. Wie öffentlich Auseinandersetzungen sein werden, muss sich erst zeigen. Alles in allem wird der zu erwartende Kampf verschiedener Mächtiger kaum mit der Transparenz eines demokratischen Willensbildungsprozesses zu vergleichen sein.

Die politisch interessanteste Frage war für Ihor Koliushko vom Zentrum für politische und rechtliche Studien beim zivilgesellschaftlichen Informationsmarathon am Wahltag des Nationalen Exit Poll Konsortiums 2012 die Frage, wie sich die **Opposition** nach der Wahl verhalten wird. Das gilt vor allem vor dem Hintergrund des Erfolges der Partei *Swoboda*, die zur allgemeinen Überraschung mit vorläufigen 10,43% nur unwesentlich hinter *UDARs* (13,94%) zurückliegt. Die voraussichtlich mindestens 30 *Swoboda*-Mandatsträger versprechen kein Parlament, das weniger zur Polarisierung beiträgt als das alte – beispielsweise durch die Verabschiedung des Sprachengeset-

zes. Unwahrscheinlich scheint auch, dass eine solche neue Kammer integrative Kräfte aufbringt, die für das zerrissene Land Ukraine so wichtig wären. Witalij Klitschko sagte nach der Bekanntgabe erster Auszählungen, man werde zusammen mit der Vaterlandspartei und *Swoboda* in der Opposition zur Partei der Regionen sein, aber im gleichen Zug, es werde schwer fallen, mit *Swoboda* zusammenzuarbeiten.

Konfliktpotential birgt auch der pragmatische **Zusammenschluss** von acht Parteien unter dem Dach der Vaterlandspartei. Kleinere Parteien haben das Gefühl, schwächere politische Perspektiven als nach der Wahl 2007 zu haben, was sich in weniger Mandaten ausdrückt als im alten Parlament (bedingt durch die Zuteilung von Listenplätzen durch die Führung der Vaterlandspartei), sowie in grundsätzlichen Konflikten zwischen den Parteistrukturen und der Parteispitze der kleineren Parteien. Parteistrukturen werfen ihrer Führung vor, nur jeweils eigene Perspektiven mit der Vaterlandspartei vorteilhaft auszuhandeln und dabei die Parteistrukturen im Stich zu lassen.

Konflikte gab es zwischen den Oppositionsparteien schon im Vorfeld der Wahlen, als sie sich nicht auf einen einheitlichen Auftritt gegen die Partei der Regionen einigen konnten. Vaterland und *UDAR* haben sich nach unterschiedlichen Angaben in 51 oder 52 (von 225) Mehrheitswahlkreisen auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, 8-9 weitere Kandidaten wurden zugunsten von *Swoboda* zurückgezogen. Das oppositionelle ukrainische Magazin *Tyzhden* macht unter Berufung auf soziologische Umfragewerte Vaterland und *UDAR* den schwerwiegenden Vorwurf, davon seien lediglich sechs(!) Wahlkreise von Bedeutung gewesen – weil Wahlkreise gewählt worden seien, in denen auch die zusammengenommenen Umfragewerte der Oppositionskandidaten hinter denen des Kandidaten der Partei der Regionen oder den sog. Selbstaufgestellten zurückblieben, oder weil beide Oppositionskandidaten reale Chancen gegen den PdR-Kandidaten hatten.

Derlei Auseinandersetzungen sind für viele Ukrainer unverständlich, weil zahlreiche Beispiele der Vergangenheit eindrucksvoll demonstrierten, dass gerade die Unfähigkeit der Opposition, sich zusammenzuschließen, immer wieder der Partei der Regionen in die Hände spielte. Das letzte Beispiel sind die Bürgermeisterwahlen in der Stadt Obuchiw bei Kiew im Winter 2012, als der PdR-Kandidat nur siegte, weil sich seine Opponenten von Vaterland und *UDAR* nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten.

Dabei hätte die Vereinigte Opposition mehr als einen guten Grund gehabt, zumindest eine einfache Parlamentsmehrheit von 226 Stimmen anzustreben, insbesondere, da ihr Vorsitzender Jazenjuk sich regelmäßig damit zu profilieren suchte, ein Impeachmentverfahren gegen Präsident Janukowitsch zu versprechen, sowie die Freilassung der Inhaftierten Timoschenko und Luzenko betreiben zu wollen – beides völlig unrealistische Ziele, da ohne einfache Mehrheit im Parlament nicht einmal zu initiieren bzw. ohne Zweidrittelmehrheit nicht zu Ende zu bringen. So muss sich die Opposition den Vorwurf gefallen lassen, entweder Utopien zu verfolgen oder populistische Ziele in den Raum zu stellen – beide Varianten stehen dafür, dass man faktisch nichts aus den Misserfolgen der Vergangenheit gelernt hat und weiter bereit ist, den Wähler für dumm zu verkaufen und zu enttäuschen.

Die Wahl ist vor dem Hintergrund vier zentraler Erscheinungen zu begreifen

Erstens ist es Präsident Janukowitsch seit 2010 gelungen, ein autoritäres Regime à la Putin zu installieren und durch die taktisch kluge Einbeziehung von Personen, die entweder direkt seinem Umfeld entstammen oder unmittelbar ihm verpflichtet sind, zu festigen (sog. „Familiarisierung“).

Zweitens sind zentrale Oppositionspolitiker aus strittigen Gründen in Haft.

Drittens dürfte sich die Möglichkeit für eine Zwei-Vektor-Politik à la Kutschma, dem es meisterhaft gelang, sowohl Russland als auch den Westen zu nutzen, für Janukowitsch spätestens nach der Parlamentswahl aus politischen und wirtschaftlichen Gründen endgültig erschöpft haben. Die wirtschaftliche Lage der Ukraine ist so schlecht, dass der Präsident etwas unternehmen *muss*. Das kann der Beitritt zur Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus sein oder die Annäherung an die EU. In Frage kommen könnte nach den neuen Mehrheitsverhältnissen auch das Streichen der Subventionen für Gas, mit der KPU niemals durchzusetzen, um so zumindest IWF-Kredite in Anspruch nehmen zu können.

Viertens gibt es neben engagierten zivilgesellschaftlichen Strukturen noch jenen großen Teil der ukrainischen Bevölkerung, der der Wahl und dem Parlament mit Apathie und Zynismus gegenübertritt.

Auseinandersetzung innerhalb der dominierenden Elite

Die „Familie“ kontrolliert gegenwärtig die kompletten Sicherheitsstrukturen sowie die wichtigsten Schaltstellen der Wirtschaft: Nationalbank, Finanzministerium und Steuerbehörde. Vom diesjährigen Wirtschaftsgipfel *Yalta European Strategy* brachten ausländische Wirtschaftschefs den Eindruck mit, Janukowitsch habe sich nicht nur vom Westen und dem Kreml isoliert, sondern ebenso von seinen früheren (oligarchischen) Unterstützern in der Ukraine.

Ukrainische Oligarchen und Wirtschaftsmächtige, die Janukowitsch früher stützten und nun um ihren Einfluss bangen, dürften die Parlamentswahlen als ihre letzte Chance begriffen haben, ihr Terrain wirksam gegen Janukowitsch zu verteidigen. Zahlreiche sog. selbstaufgestellte Parlamentarier, die in Mehrheitswahlkreisen gewählt wurden, kamen in den Genuss ihrer finanziellen Unterstützung und dürften zukünftig eher ihnen als Janukowitsch dienen.

Gegenwind kann Präsident Janukowitsch auch aus dem eigenen (gegenwärtigen) Ministerkabinett erwarten. Der Erste Stellvertretende Premierminister Walerij Khoroschkowskij und der Wirtschaftsminister Petro Poroschenko, der nun souverän als Einzelkandidat ins neue Parlament gewählt wurde und dem auch der TV-Sender 5. Kanal gehört, haben sich vor den Wahlen auf ihre Weise für eine Annäherung an die EU ausgesprochen, weil sie an Marktzugang und Exportausdehnung in Richtung Westen interessiert sind. Ihre Hauptkritik an Janukowitsch dürfte die Gefährdung des Assoziierungsabkommens und des Freihandelsabkommens mit der EU sein. Ebenso sind sie, beide ihrerseits eigene mächtige Wirtschaftsinteressen vertretend, für eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem IWF, weil sie Interesse an Krediten zu akzeptablen Zinsen haben.

Anzeichen für Auseinandersetzungen innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Elite mehren sich: Bis vor kurzem waren fast alle Fernsehkanäle gleichgeschaltet. Während der Wahlkampagne begannen auch TV-Sender, die Oligarchen gehören, zaghaft zu berichten, dass die Beziehungen innerhalb der „Familie“ angespannt seien. Nach der Wahl zeigte aber auch der staatliche Erste Nationale Kanal Synchronbilder von unlauteren Situationen in Wahlkommissionen im Bezirk Donezk und in anderen von der PdR dominierten Bezirken. Der Sender Inter, der Vizepremierminister Khoroschkowskij gehört und nationseweit die größte Flächendeckung und Popularitätsrate hat, zeigte kritisches Material über den Wahlkampf des Einzelkandidaten in Kiew Vorort Browary, S. Fedorenko, den Medien als den persönlichen Masseur von Premierminister Asarow vorgestellt hatten. Das ukrainische Institut für Masseninformation geht davon aus, dass Inter eine Reihe von kritischen Sendungen über die Umgebung von Janukowitsch vorbereitet.

Familiarisierung und Machtkampf innerhalb der herrschenden Elite und die Inhaftierung Timoschenkos und Luzenko müssen zusammen

betrachtet werden, denn Julija Timoschenkos Inhaftierung ist, vergleichbar mit jener Khodorkowskijs in Russland, auch ein deutliches Warnzeichen für andere Mächte.

Zwei-Vektor-Politik – das Verhältnis zu Russland bzw. zur EU

Die Bedeutung, die die Ukraine für den Kreml hat, ist überragend. Die anerkannte Analytikerin Lilija Schewtsowa schreibt, es gehe für das russische politische System darum, „Energien freizusetzen“. Das russische System könne sich ohne globale Aspirationen und Satellitenstaaten nicht reproduzieren. Der Kreml verstehe, dass insbesondere eine demokratische Ukraine, die sich westwärts bewegt, ein vernichtender Schlag für den eigenen Autoritarismus wäre – und eine Einladung an die russischen Bürger, es ihren „slawischen Brüdern“ gleich zu tun. Zwar dürfte Präsident Putin Pragmatiker genug sein, um nicht die UdSSR in alter Form aufbauen zu wollen – aber er hätte gern die Eurasische Union. Die könnte für mehr Legitimität, Einfluss und Respekt sorgen. Aber sie ist, nur mit Kasachstan und Belarus, keine ernstzunehmende Größe. Genau wie 1991, als die Sowjetunion nicht ohne die Ukraine fortbestehen konnte, ist die Ukraine für den Kreml zentral. Diese Bedeutung geht über geschichtliche Verbundenheit hinaus und hat auch nichts mit den ukrainischen Pipelines zu tun, die mit der Existenz von Nord Stream und Planung von South Stream für Russland und seine Gastransporte nach Europa stark an Bedeutung verloren haben.

Wie sollte sich die EU positionieren?

Gemäß ihrer Sicherheitsstrategie von 2003 beabsichtigt die EU, verantwortungsvoll regierte und stabile Nachbarn im Osten aufzubauen. In die Ukraine sind mit der Ausarbeitung des Assoziierungs- und des Freihandelsabkommens fünf Jahre Arbeit investiert worden – gerichtet auf die Ziele politische Assoziation und ökonomische Integration. Beide Abkommen *könnten*

Beispielcharakter für andere Länder in der Nachbarschaft wie Georgien und Moldawien haben. Die weitere Entwicklung in der Ukraine kann deshalb auch als ein Test der EU verstanden werden.

Die überschätzte jedoch die Bedeutung der Abkommen als wirkungsvolles Pfand in der eigenen Hand, als sie die Unterzeichnung von der Freilassung der inhaftierten Oppositionellen knüpfte. Janukowitsch versucht sich bis heute in dem Spagat, die Ukraine als sich nach Westen orientierendes Land zu verkaufen. Seine Minister unterstreichen dies im Ausland und schieben oft der EU die Schuld dafür zu, warum bisher nichts unterzeichnet wurde.

Putin mag mit einer ähnlichen Vorgehensweise langfristig durchkommen, weil Russland eine andere Größe und Bedeutung hat, wegen Gas und Öl, wegen nuklearer Waffen und seines permanenten Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – alles Faktoren, die der Ukraine fehlen. Janukowitsch wurde schon vor der Wahl von den EU-Mitgliedsländern überwiegend geächtet. Dabei ist es nicht in seinem Interesse, der Unvorhersehbarkeit des Kremls und Putins ausgeliefert zu sein, wie ihm das Beispiel des belarussischen Autokraten Alexander Lukaschenko zeigen sollte, der aufgrund der eigenen desaströsen Wirtschaftslage immer mehr zentrale Vermögenswerte an Russland abgeben musste – zugunsten der eigenen Souveränität. Russland und die EU spielen nicht nur nach unterschiedlichen Spielregeln, was die Gewinnung der Ukraine betrifft, sondern auch, was die konkrete Umsetzung von Kooperation angeht. Wenn die ukrainische Wirtschafts- und Politikelite dem Schicksal entgehen möchte, ihre Unabhängigkeit und die Kontrolle über ihre Vermögenswerte zu verlieren, müssen sie sich auf den Weg Richtung Westen machen.

Fokus auf die Zivilgesellschaft

Der Osteuropahistoriker Gerhard Simon schrieb, die jeweils aktuelle Situation wirke massiv auf Analysen ein und begrenze den Korridor von Fragestellungen und Urteilen. Bezogen auf die Ukraine heißt das: Vor der Orangen Revolution, das Kutschma-Regime fest im Sattel sitzend, sah man allenfalls zivilgesellschaftliche Ansätze; während und kurz nach der Orangen Revolution gab es euphorische Stimmen über den Triumph der Zivilgesellschaft; und nach dem Scheitern der Orangen Revolution machte sich Pessimismus breit.

Es muss zumindest bezweifelt werden, dass die ukrainische Bevölkerung ein autoritäres System für nötig hält, um Ordnung zu halten – auch nicht im Osten und Süden der Ukraine. Darin unterscheidet sich die Ukraine von weiten Teilen Russlands. Langfristig werden ukrainische Machthaber auch daran scheitern, Bürger nur zu befrieden, schon allein, weil sie nicht über die Ressourcen des Kremls verfügen.

Einerseits ist oft von der vitalen Zivilgesellschaft der Ukraine die Rede. In einigen Wahllokalen gelang es durch das Eingreifen Einzelner aus NRO oder Oppositionsparteien Fälschungsversuche zu verhindern und die tatsächlichen Wahlergebnisse zu verteidigen. Andererseits gibt es die große Masse der von der Politik Enttäuschten, die z.B. nicht wegen Wahlfälschungen auf die Straße gehen würde (82,5%).

Protestpotential der Gesellschaft gemäß Stiftung für Demokratische Initiativen	
Sind Sie bereit auf die Straße zu gehen und zu protestieren, wenn Sie sich sicher wären, dass die Wahlergebnisse gefälscht wurden?	

	KPU	Swoboda	UDAR	Vaterland	PdR	Ukraine insgesamt
Ja	14.5	35.7	27.2	31.4	11.2	17.5
Nein	79.5	38.1	58.2	56.4	80.4	70.9
Schwer zu sagen	6.0	26.2	14.5	12.1	8.4	11.6

Quelle: Stiftung Demokratischer Initiative
(<http://dif.org.ua/en/polls/2012-year/madjani-ivi.htm>)

Die unterschiedliche Protestbereitschaft lässt über die Parteinzugehörigkeit Rückschlüsse zu auf das unterschiedliche Verhalten in den verschiedenen Regionen der Ukraine. Vor allem, weil Swoboda überwiegend im Westen und in der Zentralukraine und die PdR und die KPU überwiegend im Osten und Süden gewählt worden sind. Der Ukraine-Kenner Andrew Wilson schrieb, dass die Dissidentenbewegung ihren Ursprung in Kiew und Lemberg habe. Der Osten kennt eher sozialpolitische Proteste.

Doch eine gesunde Zivilgesellschaft ist auch im Osten und Süden des Landes möglich. Eine zentrale Aufgabe, bei der gerade das Ausland – auch die EU und die deutschen politischen Stiftungen – einen Beitrag leisten können, ist, eine moralisch erstarrte und enttäuschte Gesellschaft zu revitalisieren. Es geht darum, die integrative Kraft der Gesellschaft zu stärken und aus Einwohnern Staatsbürger zu machen, deren Zugehörigkeitsgefühl auf die Ukraine gerichtet ist. Der Moment ist günstig, in jedem Fall notwendig. Z.B. fehlt die Kenntnis über die konkreten Vorteile, die Assoziierungs- und Freihandelsabkommen für den Einzelnen mit sich brächten, was auch daran liegt, dass die EU die Abkommen vor der Unterzeichnung nicht veröffentlicht.

Inwiefern mit einer für die Bürger nachvollziehbaren Auseinandersetzung im Parlament gerechnet werden kann, wird sich in den kommenden zwei Monaten zeigen – es darf zumindest angezweifelt werden, dass das Wort „Volksvertretung“ im europäischen Sinne ernst genommen werden wird. Daran, dass verschiedene, wirtschaftlich und politisch mächtige Leitfiguren in unterschiedlichem Ausmaß damit beschäftigt sind, ihre eigenen Partikularinteressen zum Nachteil des Landes zu verfolgen, wird sich vorerst wenig ändern. Aber es kann von einer Begrenzung der Macht des Präsidenten und zunehmenden Auseinandersetzungen ausgegangen werden.

Umso wichtiger ist es jetzt, jene Kräfte zu stärken, die sich ernsthaft für einen Übergang

zu wirklich demokratischen Strukturen stark machen. Dieser Prozess war in Osteuropa schon mehrfach von Erfolg gekrönt. Die konkrete Perspektive einer Kooperation war dabei ein unterstützender Faktor. Es wäre fahrlässig, die Ukraine jetzt wegen Wahlfälschungen und inhaftierter Oppositioneller ihrem Schicksal zu überlassen – und unfair gegenüber jenen Ukrainern, die sich für eine Annäherung an die EU stark machen oder engagiert für europäische Werte einsetzen.

Miriam Kosmehl ist Projektleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus.

Dr. Volodymyr Oliinyk ist Projektkoordinator der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam